



Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

37. Sitzung (öffentlicher Teil)^{*)}

27. März 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.50 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenograf: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Aktuelle Viertelstunde: "Maßnahmen der Landesregierung zum Schutz der Bevölkerung vor der Gefahr terroristischer Anschläge"	2
Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.	
2 Polizei-Affäre um Minister Vesper Vorlage 13/2070	7
Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Minister Dr. Michael Vesper entgegen und führt darüber eine Aussprache.	

^{*)} nichtöffentlicher Teil siehe APr 13/830

- 3 **16. Datenschutzbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Beauftragten für das Recht auf Information Nordrhein-Westfalen für die Zeit vom 1. Januar 2001 bis zum 31. Dezember 2002**

9

Vorlage 13/2000

Der Ausschuss stellt Fragen an die Datenschutzbehörde und an das Ministerium und vertagt das Thema bis zur Vorlage der Stellungnahme des Ministeriums.

- 4 **Gesetz zur Änderung des Landespressegesetzes NRW und des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen**

11

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/3378

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen. Als Berichterstatter wird Horst Engel (FDP) benannt.

- 5 **Gesetz zur Änderung der Verfassung und des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen - DSGVO - NRW)**

11

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3136 - Neudruck

In Verbindung damit:

Änderung der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen zur Stärkung der Stellung der/des Beauftragten für den Datenschutz

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3138
Vorlage 13/1862
Zuschrift 13/2466

Mit den Stimmen der SPD- und Grünen-Fraktion, gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion empfiehlt der mitberatende Ausschuss dem - federführenden - Hauptausschuss, dem Landtag die Ablehnung des Gesetzentwurfs der FDP-Fraktion zu empfehlen.

Mit den Stimmen der SPD- und Grünen-Fraktion, gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion empfiehlt der mitberatende Ausschuss dem - federführenden - Hauptausschuss, dem Landtag die Ablehnung des Antrages der FDP-Fraktion zu empfehlen.

6 Gesetz zur vorübergehenden Regelung der Stellung des Verbandsdirektors und der Beigeordneten des Kommunalverbandes Ruhrgebiet aus Anlass der Fortentwicklung des Gesetzes über den Kommunalverband Ruhrgebiet (Vorschaltgesetz - KVRG)

12

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/3537
Zuschrift 13/2609

Mit den Stimmen der SPD-, GRÜNEN- und FDP-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU-Fraktion empfiehlt der federführende Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anzunehmen. Als Berichterstatter wird Hans Krings (SPD) benannt.

7 Gesetz zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen

13

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/3538

Der Ausschuss kommt überein, zu diesem Thema am 28. Mai 2003 eine Anhörung durchzuführen. Der genaue Ablauf soll am 9. April am Rande des Plenums festgelegt werden.

8 Gesetz zur Erweiterung der Kompetenzen und zur Demokratisierung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet

15

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2267

In Verbindung damit:

Kommunale Zusammenarbeit im Ruhrgebiet optimieren - Offensive für eine aktive Ruhrregion

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/2333
Vorlage 13/1336
Zuschriften 13/1806, 13/2119, 13/2276 und 13/2283

Unter Berücksichtigung der Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkt 7 findet hierzu keine Beratung statt.

- 9 "Die Ruhrstadt" -
ein Kommunalverbund auf der Basis freier bürgerschaftlicher Entscheidung** 15
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2452
- Unter Berücksichtigung der Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkt 7 findet hierzu keine Beratung statt.
- 10 Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption des Landes Nordrhein-Westfalen (Nordrhein-Westfälisches Antikorruptionsgesetz - AKG) und zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz - LBG)** 15
- Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3528
Zuschrift 13/2668
- Der Ausschuss kommt überein, im Herbst zu diesem Thema eine Anhörung durchzuführen.
- 11 Polizeiliche Kriminalstatistik 2002 - was nun?** 16
- Vorlage 13/2048
- Der Ausschuss nimmt einen Bericht des Innenministers entgegen und führt darüber eine Aussprache.
- 12 Umsetzung des Berichts der Regierungskommission "Zukunft des öffentlichen Dienstes - Öffentlicher Dienst der Zukunft"** 26
- Der Ausschuss nimmt einen Bericht des Innenministers entgegen.
- 13 Konsequenzen aus dem Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens** 27
- Einer Unterrichtung durch den Leiter der Abteilung Verfassungsschutz schließt sich eine Aussprache an.

Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform
37. Sitzung (öffentlicher Teil)

27.03.2003
rt-be

4 Gesetz zur Änderung des Landespressegesetzes NRW und des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/3378

Vorsitzender Klaus Stallmann teilt mit, dass der - mitberatende - Medienausschuss den Gesetzentwurf am 14. März 2003 beraten und einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfes empfohlen habe.

Einstimmig empfiehlt der federführende **Ausschuss** dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen. Als Berichterstatter wird **Horst Engel (FDP)** benannt.

5 Gesetz zur Änderung der Verfassung und des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen - DSG - NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3136 - Neudruck

In Verbindung damit:

Änderung der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen zur Stärkung der Stellung der/des Beauftragten für den Datenschutz

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3138
Vorlage 13/1862
Zuschrift 13/2466

Vorsitzender Klaus Stallmann führt aus, der - federführende - Hauptausschuss habe in seiner Sitzung am 13. März 2003 entschieden, dass eine Anhörung nicht stattfinde. Gleichzeitig habe er sich darauf festgelegt, in der Sitzung am 8. Mai 2003 - vormittags - abschließend zu beraten und abzustimmen. Darüber hinaus weist der Vorsitzende auf den inzwischen vorliegenden Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen in der Drucksache 13/3703 hin.

Karl Peter Brendel (FDP) führt aus, im Hinblick auf die Bedeutung des Datenschutzes habe seine Fraktion den Gesetzentwurf vorgelegt mit dem Ziel, die Stellung der Datenschutzbeauftragten zu stärken. Seine Fraktion halte dies weiterhin für sehr vernünftig und hätte sich gefreut, wenn auch die anderen Fraktionen ihre Zustimmung dazu gegeben hätten. Aufgrund der bisherigen Beratungen habe man jedoch zur Kenntnis nehmen müssen, dass dies nicht der Fall sei.

Monika Düker (GRÜNE) erinnert daran, dass im Plenum zu diesem Thema eine sehr ernsthafte Debatte geführt worden sei. Auch für ihre Fraktion sei der Datenschutz sehr wichtig. Allerdings halte ihre Fraktion den Gesetzentwurf und den Antrag der FDP-Fraktion für nicht geeignet, in diesem Bereich Verbesserungen anzustoßen. Diese Auffassung vertrete auch die Landesdatenschutzbeauftragte. Beispielsweise werde durch eine Anbindung an den Landtag und